

Grüner Rettungsplan für Innenstädte

„Kauf-vor-Ort-Gutscheine“, neues Gewerbemietrecht und Kulturrettungsfonds

Von Klaus Sterzenbach

Berlin. Die Grünen werfen der Bundesregierung schwere Versäumnisse bei den Corona-Hilfen vor. „Die sogenannten Novemberhilfen kann man im November noch nicht einmal beantragen“, sagte Fraktionschefin Katrin Göring-Eckardt am Mittwoch in Berlin bei der Vorstellung eines Zehn-Punkte-Plans zur „Rettung der Innenstädte“.

Das von der Grünen-Bundestagsfraktion erarbeitete Papier wird auch von Vertretern von Handel, Gastronomie und Kultur unterstützt. Der Existenzkampf vieler Gewerbetreibenden und kultureller Einrichtungen sei schon länger ein Problem, aber er habe sich durch die Corona-Pandemie noch verschärft, betonte Göring-Eckardt.

„Viele Innenstädte stehen vor einem Abgrund“

Die Bundesregierung habe zwar mit einer „außerordentlichen Wirtschaftshilfe“ (die sogenannte Novemberhilfe) versprochen, dass alle von Beschränkungen betroffenen Unternehmen bis zu einem gewissen Grad entschädigt werden, aber der betreffende Antrag sei viel zu bürokratisch. Das Konzept der Grünen fordert „Kauf-vor-Ort-Gutscheine“ als Soforthilfe, umfasst aber auch längerfristige Maßnahmen wie etwa ein neues Gewerbemietrecht und einen Kulturrettungsfonds. „Viele In-

nenstädte stehen vor einem Abgrund“, sagte Stefan Genth, Hauptgeschäftsführer des Handelsverbands HDE. Die Umsätze im Einzelhandel seien teils „dramatisch eingebrochen“. Ein „Städtebaunotfallfonds“ soll mit 500 Millionen Euro bestehenden Leerstand bekämpfen, außerdem sollen damit Innenstädte fußgänger- und fahrradfreundlicher werden. Dazu werden „wirksame lokale Mietentlastungen“ und mehr gemeinnütziger Wohnraum gefordert.

„Wer eine Verödung der Innenstädte verhindern will, muss handeln“, sagte die Hauptgeschäftsführerin des Gastroverbands Dehoga, Ingrid Hartges. Kritisiert wurde am

Mittwoch Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU). „Wir reden eigentlich über Heimat“, beklagte Olaf Zimmermann, „aber von Seehofer hören wir gar nichts.“ Der Geschäftsführer des Deutschen Kulturrats betonte, dass „viele nicht-kommerzielle Bereiche für die Stadtgesellschaft wichtig“ seien. Für die Kulturschaffenden brauche es darum einen fiktiven Unternehmerlohn. Erhard Grundl aus Straubing, kulturpolitischer Sprecher der Grünen-Bundestagsfraktion, sagte im Gespräch mit unserer Zeitung, dass in der Kulturbranche viele Betroffene „jetzt immer noch komplett durchs Raster fallen“.

► **Kommentar Seite 2**



Die Corona-Krise setzt den Gewerbetreibenden zu.

Foto: Martin Schutt/dpa